




Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

: Politische Briefe. 17. Herr von Bennigsen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

berechtigte Forderungen anerkennt, entgegen der sogenannten öffentlichen Meinung, daß der Arbeiter solcher Fürsorge nicht bedürfe, weil er mit seiner Arbeitskraft wie mit einem Capitale frei und ungehindert wirtschaften könne? Erkennen die Herrn Körner, Finn und Genossen nicht, daß grade die Staatsregierung es ist, welche klar und bestimmt ausgesprochen hat, daß der Staat, ohne die Grenzen seiner Aufgabe und seiner Fähigkeit zu überschreiten, nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht hat, die Erzeugung und Vertheilung der Güter zu regeln und daß er in Ausübung dieser Pflicht gehindert und gestört wird, wenn man ihn lediglich zum Schutz- und Sicherheits-Wächter degradiren und ausnutzen möchte? Erkennen die Herren Socialdemokraten nicht, daß das gewaltige Kraftmoment der „freien Concurrnz“ es ist, dem wir jene hohe Culturentwicklung verdanken, die unser berechtigter Stolz ist, und daß wir dieses Kraftmoment auch heute noch bedürfen, daß es also nicht darauf ankommt, dasselbe zu eliminiren, sondern nur, daß es höchste Zeit ist, die freie Concurrnz des Preises überzuführen in die freie Concurrnz der Güte und Solidität, wenn wir nicht wollen, daß die freie Concurrnz ein Saturn werde, der seine eigenen Kinder verschlingt?

Durch Schaffung von Innungen als Productiv-Genossenschaften ist diese Wandlung des Wesens der Concurrnz zu ermöglichen auf gewerblichem Gebiete. Durch Schaffung von Gilden ist sie zu ermöglichen auf den Gebieten der Landwirthschaft und des Handels. Durch Schaffung von Knapp-schaften ist sie zu ermöglichen auf dem Gebiete der Staats-Industrie.

Fort also mit allem Schimpfen, Nörgeln, Agitiren und Raisonniren. Thatkräftig wirken und schaffen sei die Parole. Das erste muß ein gründliches Studium des bereits vorhandenen Schazes an socialen Reformgedanken sein, denn die Literatur auf diesem Gebiete ist groß und vielseitig. Dann aber energisches und hingebendes Streben nach einem einzigen als zunächst erreichbaren Ziele. Die erste Productiv-Genossenschaft mit Großbetrieb ohne capitalistische Grundlage, deren Schaffung unter Beihilfe der Staatsregierung gelingt, wird mit einem Schlage alle Zweifel und alles Mißtrauen in die Aufrichtigkeit der Reformbestrebungen der kleinen socialdemokratischen Gruppe zu Boden schlagen.

Saarbrücken.

E. B.

Politische Briefe.

17. Herr von Bennigsen.

Der Austritt von achtundzwanzig Mitgliedern der nationalliberalen Partei wäre an sich ein unbedeutender Vorgang. Die Herren wollen eine große Partei

werben. Dazu ist ihr bis zum Nichtsagenden farbloses Programm wenig angethan, umsoweniger, als gerade die Leere ihres Programms so viel sagt, daß die Herren entweder keinen Muth oder keinen Plan einer positiven Politik besitzen. Ihr gerechtes Schicksal, das sich früher oder später vollziehen wird, ist, in die Fortschrittspartei aufzugehen.

Die ganze Bedeutung des Vorganges liegt gar nicht auf der Seite der Ausgetretenen, sondern auf der der Bleibenden. Den letzteren stellt der Austritt die Frage, ob sie ihrerseits jetzt eine positive Politik ergreifen wollen oder jenes ziellose Schwanken fortsetzen, welches die Ausgetretenen zur Trennung veranlaßt hat, freilich nur, um in der Trennung, wer weiß wie lange, daselbe unklare Verfahren fortzusetzen.

Die Thätigkeit der nationalliberalen Partei hat seit den vierzehn Jahren des Bestehens der Partei zwei Ziele verfolgt: 1) den Reichskanzler in seiner Institutionen bildenden Thätigkeit zu unterstützen; 2) auf den Gebieten des individuellen Rechts im Anschluß an die alten Dogmen des Liberalismus so viel Ungebundenheit, so viel Bürgschaften des Individuums, auch des verbrecherischen, so viel Selbstverwaltung als möglich zu erlangen. Dabei hat man sich nicht verhehlt, daß auch in den öffentlichen Institutionen die liberale Voraussetzung ganz anders zur Geltung kommen müsse, daß man diese Forderung aber vertage, weil ihr theils die Persönlichkeit des Reichskanzlers, theils die Lage des Reichs noch im Wege stehe. Die liberale Voraussetzung kann man am kürzesten und erschöpfendsten als die Antithese jenes Satzes bezeichnen, der das menschliche Denken und Leben bewußt oder unbewußt beherrscht, des tiefsten, den die Philosophie gefunden hat. Aristoteles sagt: Das Ganze ist früher als die Theile; der Liberalismus sagt: das Ganze ist nur, sowie es von den Theilen gewollt, gehalten, verwirklicht, nach Bedürfniß eingeschränkt oder erweitert wird. Das Ganze ist zufällig, die Theile sind nothwendig, sagt der Liberalismus. Das Ganze ist ewig, das Hervortreten der Theile ist zufällig, lehrt Aristoteles.

Mit dieser Antithese wird das große geschichtliche Recht und Verdienst des Liberalismus nicht bestritten. Der Liberalismus hat nicht gegen die wahre Gestalt, sondern gegen die Verzerrungen seines logischen Gegentheils gekämpft, daher sein großer Beruf. Aber einmal muß die Frage praktisch entschieden werden, welche wissenschaftlich schon zehn Mal gelöst ist, ob der Liberalismus den erschöpfenden Staatsbegriff besitzt. Und die Stunde dieser Entscheidung ist jetzt für Deutschland gekommen. Mit dem Augenblicke, wo die noch lange nicht vollendete Gründungsarbeit des deutschen Reiches, dessen Fundament abgesteckt, aber nicht gelegt ist, zur Legung des Fundamentes der Reichsgewalt schreitet, wo zweitens die Frage beantwortet werden muß, ob es eine positive Socialpolitik giebt oder nur eine negative, alte Schranken niederreißende — in diesem Augen-

blick muß der Liberalismus sich zur entscheidenden Klarheit bringen, ob er seinen Staatsbegriff vervollständigen kann, ohne sein Lebensprincip aufzugeben. Wir bejahen die Frage mit voller Ueberzeugung. Aber das Bewußtsein dieser Antwort muß nun weite Kreise durchdringen.

Die Antwort kann nicht und soll nicht in Form wissenschaftlicher Lehren, sondern in der Form praktischer Entschlüsse gefunden werden. Soll der Bestand der Reichsgewalt, das heißt des Reiches, abhängig sein von den Launen und schwankenden Einsichten der Individuen, die die Wählermassen bilden und deren Streben und Verständnis in keinem Lande so zerrissen ist wie in Deutschland? Das ist die Frage nach der Selbständigkeit des nationalen Ganzen, welche in Gestalt der Steuerreform auftritt. Soll die Entwicklung der socialen Zustände, d. h. die Harmonie und Sicherheit des wirthschaftlichen Gedeihens der Nation, der Bestand derselben, dem *laissez aller* überlassen werden? Das ist die Frage, ob es eine positive oder nur eine negative Socialpolitik giebt.

Die Steuerreform hat eine verfassungspolitische Seite, aber ebenso gut eine socialpolitische, indem sie ein die wirthschaftliche Kraft besser schonendes Princip der Lastvertheilung sucht. Die Maßregel des Zollschutzes fällt, wie sogleich einleuchtet, ganz und gar in das Gebiet der positiven Socialpolitik.

Der manchesterliche Liberalismus beliebt, die volle Verwirklichung des Staatsbegriffs Reaction zu nennen. Reaction ist ihm die Selbständigkeit der Reichsgewalt. Die Reichsgewalt soll das Instrument des Parlaments und das Parlament soll das Instrument der Wählermassen sein. Das hätte einen Sinn, wenn die Wählermassen, wie zur Zeit der ungebrochenen Oligarchie in England, nie eine andere Mehrheit senden könnten, als eine solche, die mit den Existenzfragen des Staates vertraut und entschlossen ist, den Staat zu erhalten. Die Regierung zum Instrument eines Parlaments zu machen, in dem alle Tage eine Mehrheit von Polen, Dänen, Franzosen, Römern, Berlinern und Internationalen zusammenkommen kann, wäre selbstmörderischer Wahnsinn.

Reaction ist dem manchesterlichen Liberalismus der Zollschutz, vor allem der Getreidezoll. Wir lasen vor einiger Zeit in der „National-Zeitung“, als das Blatt das unabsehbare Anwachsen der amerikanischen Getreideproduction besprach, die Folgen dieses Anwachsens seien nicht zu übersehen; man müsse sich damit trösten, daß die Geschichte nie unrichtige Wege gegangen. Ein vortrefflicher Satz, nur ein wenig zu allgemein gelassen. Der königliche Weg der Geschichte geht durch den Willen und Verstand der Völker. Der letzteren Schicksal ist das Product ihrer Gesamtanstrengung. Wenn die Römer, als Karthago Herrschaft über Sicilien, Spanien und Nordafrika, die reichsten Kornländer, sich ausbreitete, von Karthago billiges Getreide genommen hätten, mit dem Trost, daß die Geschichte noch nie unrichtige Wege gegangen, so wäre Italien bald

eine karthagische Provinz geworden. Die Römer zogen vor, Karthago zu zerstören. Dafür ist die Stadt Rom in tausend Jahren das Centrum eines immer größeren Reiches geworden, nach dessen Untergang römische Sprache, römisches Recht ein unvergänglicher Besitz aller Kultur geblieben sind. So wird es auch unsere Sache sein, dafür zu sorgen, daß wir mit den Kornherzeugungsländern, von denen wir abhängen, in ein Verhältniß gesicherter Gegenseitigkeit treten. Wenn wir das unterlassen, wird die Geschichte den dann allerdings richtigen Weg über unsere nationale Existenz hinweggehen.

Reaction ist dem manchesterlichen Liberalismus überhaupt jede positive Socialpolitik. Weil die feudalen Blätter die Freizügigkeit aufheben möchten, soll der mit zwei Jahren erlangte Unterstützungswohnsitz ein unantastbares Evangelium sein. Als ob man nicht auch dahin kommen könnte, die Armenpflege von den Ortsgemeinden auf größere Verbände, sogar auf den Staat zu übertragen! Aber der manchesterliche Liberalismus will überhaupt keine Discussion dieser Fragen mehr, das rasche Gebäude der wesentlich negativen Wirthschaftsgesetzgebung der letzten Jahre soll über jede Verbesserung erhaben sein. Als ob bloß von den Resten der Feudalpartei und nicht aus allen Gesellschaftskreisen die mannigfaltigsten Beschwerden laut würden! Als ob die unerträgliche Plage des Vagabundenthums, die erschreckende Zunahme von Verbrechen aller Art bis zu den grauenhaftesten Erscheinungen nicht den verstocktesten Sinn aufzüteln müßte!

Die nationalliberale Partei, sowohl die des Volkes wie die der Parlamente, steht als Ganzes diesen Fragen noch rathlos gegenüber. Wir meinen nicht den Fragen der einzelnen Maßregeln, sondern den Fragen des Principis. An Herrn v. Bennigsen, dem angesehensten Manne der Partei, ist es, der Partei jetzt ihre Stellung anzuweisen. Man hat diese Partei so oft als den Ausdruck und als den Führer des gebildeten Mittelstandes hingestellt. Wenn seine Führer diesen Mittelstand jetzt aus der manchesterlichen Negation oder aus der Stagnation der Impotenz, die zwischen den Gegensätzen nicht wählen kann, nicht herausreißen können, so wird dieser Mittelstand den bestimmenden Antheil an den Geschicken des Vaterlandes, den er lange gehabt hat, auf lange verlieren. Die Fragen der Erhaltung des deutschen Volkes und Staates werden in Gestalt einzelner concreter Maßregeln an das Bewußtsein der Massen gebracht, von diesen verstanden und im Sinne der Selbsterhaltung entschieden werden. —

Die obige Ausführung ist niedergeschrieben, ehe die Rede bekannt war, welche Herr v. Bennigsen auf der Parteiversammlung in Hannover am 19. September gehalten. Der hochbefähigte Politiker hat seine Stellung zwar nicht in der vorstehend als wünschenswerth bezeichneten Weise präcificirt, aber doch